

# 25 Jahre Anschluss

Beilage der jW vom 02.10.2015

## Der Musterfall

### **Enteignung, Zerstörung und Krieg: Wie die Bundesrepublik seit 1990 zur EU-Vormacht wurde**

Arnold Schölzel

Der 25. Jahrestag des DDR-Anschlusses an die BRD steht im Zeichen eines triumphalen Aufstiegs der erweiterten Bundesrepublik zur Führungsmacht der EU. Politisch und militärisch ist sie weit über Europa hinaus zunehmend neben anderen Großmächten aktiv. Aus der noch nicht beendeten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 ging das Land enorm gestärkt hervor, ein Ziel, das Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von deren Beginn an formuliert hat. Die EU-Politik Berlins ist der konzentrierte Ausdruck von Interessen der Finanzindustrie und insbesondere der deutschen Exportwirtschaft, von deren faktischer Diktatur. 2015 wurde das am Umgang mit der gewählten Regierung Griechenlands für jeden nacherlebbar – bis hin zu deren Kapitulation und Übergabe der Souveränität. Die Ära der Postdemokratie wurde bereits 2011 eröffnet, als der damalige griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou ein Referendum in Griechenland über die EU-Auflagen erwog und innerhalb weniger Tage zum Rücktritt gezwungen wurde. Die griechische Volksabstimmung vom 5. Juli 2015 galt den »Institutionen« bereits als fast nebensächlich. Der italienische Marxist und Wirtschaftswissenschaftler Vladimiro Giacché legt in seinem Beitrag zu dieser Beilage dar, wie das Modell der DDR-Einverleibung in den 90er Jahren heute Pate bei den Diktaten aus der Feder Berlins und Brüssels gegenüber den sogenannten EU-Krisenstaaten steht. Das Muster ist älter. Blaupausen für ein Europa formal gleichberechtigter Staaten bei tatsächlicher deutscher Hegemonie finden sich bereits in der Frühzeit des deutschen Imperialismus vor über 100 Jahren. Die Versuche, das zu verwirklichen, aber auch der Widerstand, das zu verhindern, bestimmten zu einem großen Teil die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf dem Kontinent. Nun scheint die deutsche Forderung nach einem »Platz an der Sonne« erfüllt. Nicht ein einzelnes Land wurde wirtschaftlich und politisch in die Knie gezwungen. Vielmehr sind die osteuropäischen EU-Staaten eine Art deutscher Hinterhof, Italien oder Frankreich fallen weit hinter die deutsche Vormacht zurück.

Diese Situation lieferte den Anstoß für diese Beilage. Sie enthält Sichtweisen aus anderen europäischen Ländern auf den DDR-Anschluss und seine Folgen bis heute. Produziert wurde sie von jW gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Tageszeitungen *Arbejderen* (Kopenhagen), *Morning Star* (London) und der *Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek* (Luxemburg) im Rahmen unserer Medienkooperation. Hinzugekommen ist ein Beitrag von der belgischen digitalen Tageszeitung *Solidaire* sowie der erwähnte von Vladimiro Giacché. Der Jurist und Sozialwissenschaftler Ekkehard Lieberam untersucht, welche Lehren für die Sozialismustheorie aus dem Aufbau, dem 40jährigen Bestehen und dem Untergang der DDR zu ziehen sind.

Das Ende des ostdeutschen Staates war ökonomisch gesehen die »größte Enteignung eines Volkes«,

wie es der kürzlich verstorbene SPD-Politiker Egon Bahr einmal formulierte. Es genügen einige Ziffern, um das zu illustrieren. Sie werden bei keiner offiziellen Feier des DDR-Anschlusses genannt, obwohl sich mit ihnen sehr viel aus der Geschichte der vergangenen 25 Jahre erklären lässt: Nach der Privatisierung der DDR-Industrie waren etwa 95 Prozent des ostdeutschen Wirtschaftskapitals in westdeutscher oder in ausländischer Hand, fünf Prozent blieben bei Einheimischen. Dieses »Modell« wird sich in kaum einem anderen Land so durchsetzen lassen, die verheerenden Folgen – Massenarbeitslosigkeit, Auswanderung, Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge von Eisenbahn und Nahverkehr bis hin zu Gesundheits- und Bildungssystem – sind EU-weit die gleichen.

In der Bundesrepublik verlief dieser Prozess bislang ohne einen Widerstand, der die Herrschenden in größerem Maß beeindruckt hätte. Ein Grund dafür ist die Rolle, welche die frühere PDS, die 2007 in der Partei Die Linke aufging, gespielt hat. Sie umschrieb der scheidende Fraktionsvorsitzende dieser Partei, Gregor Gysi, in einem Interview, das am 30. September 2015 in deutschen Zeitungen erschien, folgendermaßen: »Ich bin stolz auf meinen Beitrag, große Teile ostdeutscher Eliten mit in die Einheit geführt zu haben«. Das steht für die Erfüllung einer Funktion. Durch sie war es möglich, die DDR-Abwicklung einschließlich Kultur- und Wissenschaftszerstörung relativ geräuschlos vor sich gehen zu lassen. Die DDR-Zerstörung war ein Beispielfall des seit 1990/91 entfesselten Regimes der Reichen zur Herstellung von Armut und Barbarei weltweit. Krieg, Vertreibung und Flucht sind einkalkulierte Bestandteile dieser »Ordnung«.

In vielen Ländern Europas ist der Widerstand gegen diese Diktatur des Wahnwitzes, die menscheitsbedrohend ist, weiter vorangeschritten als in der Bundesrepublik, dem Musterland von Konterrevolution und Restauration. Auch davon berichten die Beiträge dieser Beilage.

## **Nicht ganz angekommen**

**Bei den Regierenden in Belgien ist das »deutsche Modell« der Lohnsenkung sehr beliebt. Seine Einführung stößt aber auf großen Widerstand**

Herwig Lerouge

Das »deutsche Modell« wird seit vielen Jahren in Belgien von Unternehmerorganisationen, von mit viel Geld geförderten sogenannten Thinktanks und rechten Politikern propagiert. Es wird seit den »Agenda 2010«-Reformen auch teilweise umgesetzt. Aber dank dem gewerkschaftlichen Widerstand gelang das bis vor zwei drei Jahren nur teilweise. Die heutige Regierungskoalition aus flämischen Nationalisten (N-VA), flämischen Christdemokraten (CD&V) sowie flämischen und französischsprachigen Liberalen (Open VLD und MR) versucht zwar, diesen Prozess zu beschleunigen, aber auch die Opposition ist stärker geworden.

Die deutsche Einheit hat auch für Belgien große Konsequenzen gehabt. Mit ihr begann jene Entwicklung, die zur absoluten Vormachtstellung der Bundesrepublik innerhalb der EU geführt hat. Die Haushaltsregeln, die Finanzpolitik und die anderen Bedingungen, welche die deutsche Regierung seinerzeit mit der Einführung des Euro verband, verschlechterten die soziale Lage in

allen europäischen Ländern, auch in Belgien. Das ist bekannt, und es geht heute noch weiter.

Aber Druck aus Deutschland wirkt sich in Belgien noch viel direkter aus als nur durch die EU-Richtlinien. Das Land, vor allem Flandern, ist besonders empfindlich gegen Einwirkungen aus Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner. Die belgischen Exporte nach Deutschland bezifferten sich 2011 auf 62,5 Milliarden Euro. 2014 fielen sie auf weniger als 50 Milliarden zurück. Ursache ist vor allem die Schließung von Großbetrieben wie den Autowerken von Opel in Antwerpen und von Ford in Genk zugunsten der deutschen Standorte. Das wurde von den Kollegen auch so empfunden.

Aber vor allem in Flandern sind Politiker und Unternehmerverbände eng mit dem deutschem Kapital verbunden, ist das »deutsche Modell« sehr populär. Der stärkste Befürworter ist Bart De Wever, der Vorsitzende der größten Regierungspartei, der rechtsnationalistischen Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA). Er wiederholt unermüdlich, Wachstum in Belgien sei nur möglich, »wenn wir unseren Wagen an die deutsche Lokomotive koppeln. Wachstum ist allein Deutschland und seinen Reformen zu verdanken«.

Das gilt an erster Stelle für die Senkung der Löhne. 2011 erklärte De Wever, der Chef von BASF Antwerpen habe ihm gezeigt, dass die Löhne bei BASF Ludwigshafen 25 Prozent niedriger sind als dort. Es sei höchste Zeit, auch die »belgischen Betriebe von diesen unerträglichen Lasten zu befreien«. 2013 nahm De Wever auf einer N-VA-Parteikonferenz die verschiedenen Faktoren, aus denen Löhne gebildet werden, unter Feuer: das Lohnniveau, die automatische Anhebung der Löhne entsprechend steigender Lebenshaltungskosten, die Sozialbeiträge, die Tarifverträge etc. Gast auf dieser Konferenz war Dr. Michael Jung von McKinsey & Company, einer der Architekten der Hartz-Gesetze.

Unter dem Druck, den deutsche Politiker manchmal auch offen und direkt ausüben, greifen die belgischen Regierungen seit mehreren Jahren Löhne und Arbeitsbedingungen an. So forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2011, dass die automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten in Belgien abgeschafft wird. Dieses Indexsystem hat zum Ziel, den Erhalt der Kaufkraft zu garantieren. Es gibt die Entwicklung der Preise einer gewissen Anzahl von Produkten und Dienstleistungen wieder. Steigen die Preise, steigt der Index. Übersteigt er einen Schwellenwert, werden die Löhne angepasst. Bis jetzt wurde der Angriff in starken Arbeitskämpfen vor allem im vergangenen Jahr zurückgeschlagen.

Aber diese soziale Errungenschaft wird noch auf anderen Wegen ausgehöhlt. So wurde eine im kommenden Jahr vorgesehene Indexierung annulliert. Das geschah mit Hilfe eines Gesetzes, das die alle zwei Jahre zu erneuernde nationale Vereinbarung über die Kernelemente der Einkommens- und Arbeitsbedingungen regelt. Danach dürfen die Erhöhungen der Löhne und Gehälter in Belgien nicht über den voraussichtlichen Lohnsteigerungen in den Nachbarländern und vor allem nicht über der in Deutschland liegen. Angesichts der automatischen Gehaltsindexierung, die an die Inflationsrate gebunden ist, bleibt den Unterhändlern somit nur wenig Handlungsspielraum.

Auf deutschen Druck ist auch zurückzuführen, dass die heutige Regierung das Rentenalter von 65 auf 67 Jahre erhöhen will. Diese »Reform« wurde bei einer gemeinsamen Konferenz des heutigen Ministerpräsidenten Charles Michel mit Angela Merkel im Jahr 2014 angekündigt. Das schließt ein, dass verschiedene Systeme zur Frühverrentung abgebaut werden. Bei der Umstrukturierung von

Betrieben ist heute kein vorzeitiger Renteneintritt mehr möglich, Erwerbslose müssen bis zum 65. Lebensjahr aktiv Arbeit suchen, sonst droht ihnen der Verlust ihres Arbeitslosengeldes. Trotz vieler Versuche der Regierenden gelang es durch Widerstand wenigstens zu verhindern, dass dies zeitlich unbegrenzt gilt. Allerdings wird die Zahl der Anspruchsberechtigten ständig verringert. So verloren viele junge Leute ihr Recht auf Arbeitslosengeld.

Abschließend noch dieses: 2011 drohte die N-VA, die heute die belgische föderale Regierung anführt, mit einer Spaltung des Landes, falls sie ihr »deutsches Modell« nicht durchsetzen könnte. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Januar 2011 bekam die nationalistische Partei dafür vom Journalisten Dirk Schümer Beifall. Dieser meinte, dass niemand wegen des Verschwindens dieses Belgiens weinen werde. Vielmehr würde es um vieles leichter sein, gemeinsam mit den »Agenda 2010«-Anbetern die wichtigsten sozialen Errungenschaften in Belgien zu beseitigen.

Aber so weit ist es noch nicht. Am 8. Oktober findet in Brüssel erneut eine Großdemonstration gegen die antisoziale Politik statt. Noch ist das »deutsche Modell« in Belgien nicht ganz angekommen.

## **Erst die DDR, dann Europa**

**Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Anschlusses und die Auswirkung der deutschen Politik auf andere EU-Mitgliedsstaaten sind in vielen Punkten identisch. Das ist gewollt**

Vladimiro Giacché

Die gegenwärtige Lage Europas ist ohne die Annexion der DDR unvorstellbar. Aus verschiedenen Gründen.

An erster Stelle steht dabei: Deutschland hat Dank der Einverleibung der DDR seine zentrale politische und wirtschaftliche Stellung zurückerobert, die es 1945 verloren hatte. Die Wiedergewinnung dieser Position durch das deutsche Kapital hat die Gleichgewichte in Europa drastisch verschoben.

Zweitens: Die deutsche Einheit fungierte als außergewöhnlicher Beschleuniger des Prozesses der europäischen Integration. Am Tag nach der Proklamation der deutschen Einheit, notierte der Berater François Mitterrands, Jacques Attali, in seinem Tagebuch, der damalige französische Präsident sei entschlossen, Deutschland in der politischen Union Europas »aufzulösen«. Die europäische Integration, durch die allein Deutschland gezügelt werden könne, sei der zu zahlende Preis im Tausch gegen die deutsche Einheit.

Die gemeinsame europäische Währung wurde als entscheidender »Baustein« dieses Entwurfs konzipiert. Sie brachte allerdings Wirkungen hervor, die den erhofften zuwiderliefen: Die Europäische Zentralbank wurde zu einer Art kontinentaler Bundesbank, und die deutsche neoliberale Orthodoxy wurde ganz Europa auferlegt.

Die Entwicklung der europäischen Krise in den vergangenen Jahren zwingt zu der Frage, ob die europäische Währungsunion nicht eine Wiederholung jener Entwicklung war, die der Ausdehnung der D-Mark in die DDR hinein folgte – mit analogen Ergebnissen: Diesmal auf kontinentaler

Stufenleiter, wenn auch in weniger extremem Maß. Die Antwort ist leider positiv: Ja, es ist so. Nach fast 16 Jahren seit der Einführung der Gemeinschaftswährung leiden viele europäische Volkswirtschaften unter denselben Übeln wie die Wirtschaft Ostdeutschlands nach Einführung der D-Mark: Absturz des Bruttoinlandsprodukts, Deindustrialisierung, hohe Arbeitslosigkeit, Handelsbilanzdefizit und Auswanderung.

Das ist kein Zufall. Die Einheitswährung prägte die Spezialisierung der Produktion in Europa weiter aus, indem sie die bedeutendsten Erzeuger der verarbeitenden Industrie stärkte, aber den Ländern mit niedrigerer Arbeitsproduktivität schadete. Dieser Prozess wurde durch die aggressive deutsche, auf Export gerichtete Wirtschaftspolitik verschärft. Einerseits gewährleistete die stabile Zulieferung aus den osteuropäischen Niedriglohnländern nach Deutschland (die nicht Teil der Euro-Zone wurden) und andererseits die »Reform« des Arbeitsmarktes durch Bundeskanzler Gerhard Schröder das heutige Ergebnis. Dank der »Agenda 2010« blieb das Wachstum der Löhne in Deutschland dauerhaft sowohl hinter dem Anstieg der Inflation zurück als auch hinter dem Zuwachs an Arbeitsproduktivität: Diese stieg zwischen 2000 und 2012 um 14 Prozent, die Reallöhne sanken um ein Prozent.

Die Gemeinschaftswährung verhindert eine Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder durch Anpassung der Währungskurse. Die exportzentrierte Politik Deutschlands hat zugleich wachsende Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen innerhalb der Euro-Zone geschaffen, leitete Prozesse fortschreitender Deindustrialisierung in den Ländern der Peripherie ein und erlaubte es im Gegenzug Deutschland, dank seiner Exporte den Anteil der verarbeitenden Industrie innerhalb des Bruttoinlandsprodukts zu stärken. Diese Ungleichgewichte, die durch die beachtlichen Finanzanlagen deutscher (und französischer) Banken in den Peripherieländern verdeckt wurden, kamen ans Tageslicht, als eben diese Banken wegen der globalen Finanzkrise seit 2007/2008 – deren Opfer sie selbst waren – begannen, ihre Kredite »nach Hause« zu holen.

Der Ausbruch der Krise wurde auch in Europa fälschlich als eine Krise der öffentlichen Schulden interpretiert. Tatsächlich handelte es sich um eine Krise der Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen. Die Europäische Union stellte sich dem Desaster, indem sie zunächst die Krisenstaaten der Herrschaft der Finanzmärkte überließ, um später mit Notkrediten einzugreifen (die es in Wirklichkeit den französischen und deutschen Banken erlaubten, ihre Anlagen auf Kosten der europäischen Steuerzahler abzusichern). Dabei verlangte sie im Gegenzug von den Krisenstaaten drastische Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, den Verkauf öffentlichen Eigentums und die einseitige Aufgabe der Souveränitätsbeschränkungen. In derselben Weise hatten 1990 Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble von der DDR die einseitige Übergabe der politischen Souveränität verlangt und vor allem die Übergabe des gesamten öffentlichen Eigentums als Pfand für das »Geschenk« der Mark.

In beiden Prozessen finden sich so verschiedene gemeinsame Punkte.

Erstens die Schuldübertragung auf das Opfer: Plötzlich wurden so die Griechen ein »gerissenes« Volk, das sich auf Kosten der ehrlichen Arbeiter Nordeuropas bereichert (ein rassistisches Klischee, das jüngst auch vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel verwendet wurde). Die »Austeritäts«maßnahmen, die Griechenland mit katastrophalen Folgen auferlegt wurden, haben dazu geführt, dass das Bruttoinlandsprodukt in wenigen Jahren um 26 Prozent absackte? Auch das wurde dem Opfer angekreidet, das stets »über seinen Verhältnissen« leben wollte, zur Arbeit

unfähig waren und keine »Reformen« durchführten. In derselben Art und Weise waren in den ersten Jahren nach 1990, als es nicht mehr möglich war, das durch die deutsche Währungsunion und durch die Privatisierungen der Treuhandanstalt bewirkte Desaster zu verdecken, die Rede von der »maroden Wirtschaft« der DDR und der »Faulheit« ihrer Bewohner.

Der zweite gemeinsame Punkt ist die Treuhandanstalt selbst. Sie wurde als Modell, dem Griechenland folgen sollte, seit 2011 vorgeschlagen, z. B. vom damaligen Chef der Euro-Gruppe und heutigen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker: »Ich begrüße mit Freude die Tatsache, dass unsere griechischen Freunde eine vom Staat unabhängige Agentur zur Privatisierung gründen wollen nach dem Modell der deutschen Treuhandanstalt, in der auch ausländische Fachleute eine Rolle spielen sollen«. Leider wurde die Anwendung dieses Modells endgültig durch den jüngsten »Rettungsplan« für Griechenland bestätigt, den die Regierung von Alexis Tsipras gegenzeichnete.

Der dritte Punkt ist der wichtigste. Deutschland zwingt sein eigenes Wirtschaftsmodell den anderen Ländern auf, auf Grund der festen Überzeugung, dass es absolut überlegen ist. Gestern die sogenannte soziale Marktwirtschaft, heute das auf Export ausgerichtete Modell. Das heißt, jenes auf der Entwertung der Löhne und Gehälter (und folglich auf der Aufopferung der Binnennachfrage) zum Zweck einer größeren Exportkapazität basiertes Modell, das in den vergangenen Jahren einer der Hauptfaktoren war, durch welche die europäische Wirtschaft destabilisiert wurde.

Statt die deutschen Löhne zu erhöhen, verlangte man von den anderen Staaten, die ihrigen zu senken. Die »Austeritäts«politik und die »strukturellen Reformen« zielen in dieselbe Richtung: Erstere durch Einschnitte in die sozialen Dienstleistungen und die Renten (indirekte und zeitversetzte Einkommen), letztere durch Umbau des Arbeitsmarktes zwecks Senkung der direkten Einkommen. Man will die »Agenda 2010« exportieren, man will ein deutsches Europa.

Und die Ergebnisse sind verheerend. Mindestens aus zwei Gründen. Erstens stützt sich diese Wirtschaftspolitik auf die Absenkung des Lohn- und Gehaltsniveaus. Der Erfolg einer solchen Politik setzt aber voraus, dass die anderen nicht dieselbe Politik verfolgen. Wenn dies dagegen der Fall ist, ist das einzige Resultat des Kurses auf Verringerung der Arbeitsentgelte eine allgemeine Verarmung. Zweitens schwächt die Verminderung der Einkommen in den Krisenländern die Nachfrage dort und trifft die für den Binnenmarkt produzierenden Unternehmen. Das führt zur Zerstörung dieser Produktionskapazitäten, und zur Verstärkung der Krise. Das war in Griechenland zu beobachten, ebenso in Spanien, Portugal und Italien.

Grundsätzlich führt dieser Weg insgesamt zu einer allgemeinen Einkommensreduzierung innerhalb des Währungsgebietes und zu einer Verschärfung der Ungleichgewichte zwischen den Ländern und den Volkswirtschaften: Es ist ein Prozess, der Europa verwüstet. Trotz all derjenigen, die wie Angela Merkel den Slogan »Scheitert der Euro, scheitert Europa« beständig wiederholen, ist die Lage so, wie es jüngst wieder Sahara Wagenknecht bekräftigt hat: »Es zeigt sich einfach, dass der Euro nicht funktioniert, sondern immer größere wirtschaftliche Ungleichgewichte erzeugt«, so dass »Europa im Euro und mit dem Euro scheitert«.

*Übersetzung: Arnold Schölzel*

# Sie wird vermisst

## Als die DDR gekidnappt wurde – von Dänemark aus gesehen

Enid Riemenschneider

Eine Bewertung der Folgen des DDR-Anschlusses für Dänemark hat zwangsläufig zwei Seiten: Es geht um die Konsequenzen für Dänemark als Land und um die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Was die Folgen für Dänemark angeht, möchte ich mich zwei Verbindungen zur DDR zuwenden. Die unmittelbar zugänglichen offiziellen Statistiken liefern keine Informationen über die Handelsbeziehungen mit dem ostdeutschen Staat. Bekannt ist aber, dass sie relativ klein waren. Das war zum Teil auf die Handelsbarrieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der dann die Europäische Gemeinschaft (EG) und die heutige EU hervorgingen, zurückzuführen. Auf jeden Fall war die BRD in den 1980er Jahren der größte Handelspartner Dänemarks, und nach 1990 änderten sich die Ziffern nicht erheblich.

Ein Beispiel für einen Gegenstand gemeinsamen Interesses zwischen Dänemark und der DDR wäre die Fährlinie zwischen Gedser und Warnemünde und damit die Zugverbindung Kopenhagen–Berlin. Nach 1945 übernahm zunächst die dänische staatliche Bahn- und Schifffahrtsgesellschaft diesen Dienst, die DDR hatte ihn dann seit den 1950er Jahren mit einer größeren Fähre und mit eigenen Zügen in Obhut.

Seit 1990 betreibt wiederum eine private dänische Reederei die Fährverbindung, die jetzt zwischen Gedser und Rostock-Überseehafen besteht. Die direkte Zugverbindung wurde eingestellt, während die Zug- und Fährverbindung zwischen Kopenhagen und Hamburg über den Fehmarnbelt noch existiert.

So gesehen, scheinen die direkten Folgen des Anschlusses unbedeutend zu sein. Es gab aber dennoch größere Veränderungen – aufgrund des Erstarkens der Bundesrepublik und des deutschen Kapitals. Was damals geschah, veränderte ja nicht nur die »neuen Länder«, sondern auch die Bundesrepublik insgesamt. Sie erhielt Millionen hochqualifizierter Arbeiter, Wissenschaftler usw., nicht zu vergessen fruchtbares Agrarland. Deutschland wurde 1990 die unbestritten größte und führende Macht der EG. Damit begann deren Umbau zu einer politischen Union: 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, 2007 der von Lissabon. De facto hatte die BRD nicht nur die DDR, sondern die EU gleich mit übernommen.

Nach einem entsprechenden Referendum war Dänemark 1973 der EWG beigetreten. Diese Mitgliedschaft wurde jedoch seither ständig diskutiert, und spätere Volksabstimmungen zeigten Unzufriedenheit ebenso wie direkten Widerstand bei mehr als der Hälfte der dänischen Bevölkerung. Ein Beispiel ist das Referendum von 1992, mit dem der Maastricht-Vertrag abgelehnt wurde, ein anderes das im Jahr 2000 gegen den Euro. Während der gegenwärtigen tiefen wirtschaftlichen Krise wuchs die Mehrheit gegen den Euro weiter an.

Zu den üblen Folgen der reaktionären Kürzungspolitik der EU, unter der alle Völker ihrer Mitgliedsstaaten leiden, gehört auch die Zerstörung unseres kollektiven, steuerfinanzierten sozialen Sicherungs- und Wohlfahrtssystems. Dazu kommen außerdem die Angriffe auf das dänische

Arbeitsmarktmodell. Die Monopole der EU verlangen heute Privatisierungen und tolerieren keine Ausnahmen.

Seit der Einverleibung der Länder Osteuropas in die EU erhielt der Unwille ihr gegenüber in Dänemark neuen Antrieb durch das Sozialdumping, das von hiesigen Unternehmern mit Hilfe der EU-Verträge vor allem im Bauwesen und in der Landwirtschaft durchgesetzt wurde.

Festgehalten werden muss, dass in den Beziehungen zwischen der dänischen und der DDR-Bevölkerung die Situation so war: Die große Mehrheit der Dänen hatte keine Sympathie für die DDR und bedauerte deren Einwohner. Die antisozialistische Propaganda war zu stark. Ungeachtet dessen spannten freundschaftlich gesinnte und vorurteilsfreie Organisationen viele Fäden zwischen unseren beiden Völkern – einige Gewerkschaften, örtliche Gewerkschaftsverbände, Sportvereine, kulturelle Organisationen usw. Offiziell oder informell besuchten sich einander ähnliche Vereinigungen. Hinzu kamen individuelle Reisen oder der Gruppentourismus, die den Dänen Wissen über das sozialistische Land in ihrer Nachbarschaft vermittelten. Leider konnten außer den Mitgliedern offizieller Besuchsdelegationen nur sehr wenige DDR-Bürger auf ähnliche Weise Eindrücke in Dänemark sammeln. Ein wichtiges Instrument zur Förderung des Tourismus in der DDR war die »Ostseewoche«, die es seit 1958 gab. Dieses jährliche Ereignis zog viele Gäste mit fortschrittlichen Ansichten an, darunter selbstverständlich Sozialisten und Kommunisten. Während der gut 40 Jahre des Bestehens der DDR nahmen so Hunderte Dänen an kulturellen, sportlichen und anderen Veranstaltungen teil oder genossen zu mäßigen Preisen Ferien- oder Kuraufenthalte in den Häusern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Ähnliches galt für Kinder und Jugendliche, die an internationalen Sommerlagern in der DDR teilnahmen.

All das ist verloren.

Die politischen Folgen des DDR-Anschlusses können nicht isoliert vom Verschwinden aller sozialistischen Länder Europas beurteilt werden. Als Nachbar bot die DDR den Dänen einen konkreteren Beweis dafür, dass Sozialismus ein alternatives Gesellschaftssystem konstituiert. Und dass der reale, existierende Sozialismus Wachstum, Wohlstand und eine vielfältige Kultur hervorbringen kann. Nicht zuletzt deswegen wird die DDR vermisst.

## **Abgewickelt und dämonisiert**

**Der sozialistische deutsche Staat war in sich widersprüchlich. Er hatte sich mächtiger Feinde zu erwehren – und vielerlei Erfolge aufzuweisen**

John Green

War die »Wiedervereinigung« tatsächlich die sagenhafte Erfolgsgeschichte, als die sie vom deutschen Establishment und in westlichen Medien bejubelt wird?

Das heutige Deutschland ist scheinbar als Ganzes ein wohlhabender Staat, doch auf dem Territorium der ehemaligen DDR begegnen wir den höchsten Arbeitslosenzahlen des Landes, vor allem in ländlichen Gebieten und mit Frauen als den Hauptbetroffenen. Vielerorts sieht man, wie neue Häuser gebaut werden, gleichzeitig aber auch verlassene Dörfer. Tausende junger Leute waren gezwungen, nach Westdeutschland zu gehen, um Arbeit zu finden. Eine ganze Generation

hochqualifizierter Leute wurde in den Nebenerwerb abgedrängt oder genötigt, sich eine andere Arbeit zu suchen. Fast die Hälfte von ihnen musste sich umschulen lassen, um eine neue Anstellung zu finden.

Wie konnte es dazu kommen? Die letzten Parlamentswahlen in der DDR 1989 markierten eine krasse Niederlage angesichts der Übermacht der Bundesrepublik und ihrer regierenden Unionsparteien, welche D-Mark-Beträge in Millionenhöhe investiert hatten, um ein ihnen genehmes Ergebnis zu erzielen.

Dieses Ergebnis war eine konservative Regierung, die gezwungen werden konnte zu akzeptieren, was im Grunde einer Annexion gleichkam, nicht dem Zusammengehen zweier souveräner Staaten. Was dann folgte, war ganz sicher nicht das Paradies, das das westdeutsche Establishment versprochen hatte. Industrie und Produktionsinfrastruktur der DDR wurden stillgelegt, demontiert und von einer sogenannten Treuhandanstalt verscherbelt. Gekennzeichnet war dieser Prozess durch Korruption, Inkompetenz und offene Kriminalität. Das Ziel bestand darin, jegliche Konkurrenz für die westdeutsche Wirtschaft zu zerstören und einen neuen, lukrativen Markt zu schaffen. Das Resultat war niederschmetternd.

Etwa die Hälfte der 14.000 Wissenschaftler und Forscher der DDR arbeitete in großen Unternehmen. Mit der Zerstörung der Industrie bzw. der radikalen »Verschlankung« selbst erfolgreicher Firmen wurde die industrielle Forschung innerhalb des ersten Jahres der Vereinigung um die Hälfte reduziert. Heute findet Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR praktisch nicht mehr statt.

Politische Überprüfungen, die sich zu einer Hexenjagd von McCarthy'schen Dimensionen auswuchsen, betrafen nahezu jeden, der im Bildungswesen tätig war. Im Ergebnis verloren 75.000 Lehrer ihre Jobs und wurden auf schwarze Listen gesetzt. Da die Schulklassen in der Bundesrepublik erheblich größer waren, schien dies auch ein geeigneter Weg, die Zahl der Lehrer zu reduzieren.

Überprüfungen und die Schließung akademischer Einrichtungen und Universitätsinstitute machten mehr als eine Million Personen mit Universitätsabschluss erwerbslos – die Hälfte aller Angehörigen dieser Gruppe. Prozentual gesehen, hatte der östliche Teil Deutschlands nach der Vereinigung die weltweit höchste Zahl arbeitsloser Hochschulabsolventen. Führende Wissenschaftler wurden gezwungen, ins Ausland zu gehen, befristete Arbeitsverträge anzunehmen oder in den Vorruhestand zu treten, was eine beträchtliche Zahl von ihnen betraf. Alles in allem lief das auf die vollständige Zerstörung des wissenschaftlichen Forschungspotentials der DDR hinaus, ein furchtbarer intellektueller Aderlass an Universitäten und Hochschulen – die umfassende Vernichtung von Erfahrung und Wissen, angehäuft in den 40 Jahren des Bestehens der DDR.

Besonders hart betroffen von den Folgen der Vereinigung waren die Frauen. Die meisten waren hochqualifiziert, lediglich sechs Prozent hatten keinerlei Qualifikation – gegenüber 24 Prozent der berufstätigen Frauen in Westdeutschland. Die Hälfte aller Stellen in den Bereichen Medizin und Rechtsprechung war mit Frauen besetzt, und in technischen Berufen war ein Drittel der Werk­tätigen weiblich. Heute dagegen sind auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zwei Drittel der Erwerbslosen Frauen, 70 Prozent der Langzeitarbeitslosen weiblich.

Selbst nach der Vereinigung wird die DDR in deutschen und westlichen Medien fortwährend und

systematisch dämonisiert. Was man dagegen nicht zu hören bekommt, ist die Tatsache, dass die deutsche Regierung mehr Anstrengungen unternommen hat, das Vermächtnis der DDR auszulöschen, als sich mit dem faschistischen Abschnitt der deutschen Geschichte zu befassen. In ihren besten Zeiten hatte die für die Untersuchung von Naziverbrechen zuständige Dienststelle fünf Vollzeitangestellte. Die Behörde, die die Stasiakten begutachtet, hat mehrere Tausend.

Trotz alledem, dieses kleine Land hat beachtliche Erfolge erzielt und darüber hinaus gezeigt, dass eine andere Gesellschaft mit anderen Werten möglich ist. Zu den wichtigsten Errungenschaften zählen:

- die Abschaffung der Klassenprivilegien und größere Einkommensgerechtigkeit;
- die Beseitigung von Spekulation mit Land und Besitz;
- die Beschränkung des Einflusses von Banken und anderer großer Finanzinstitutionen;
- gleiche Rechte für Frauen;
- freier Zugang zu Bildung;
- Förderung des Genossenschaftsgedankens.

Die DDR war ein kleines Land mit krassen Widersprüchen. Sie war ein künstlicher Staat, der auf einem Drittel des Gebiets der deutschen Nation errichtet worden war. Zwei Staaten entwickelten sich nebeneinander, verknüpft durch familiäre, kulturelle und nationale Bande, getrennt jedoch entlang der Fronten des Kalten Krieges durch Politik und Ideologie. Die DDR war ein Land, das versuchte, den Sozialismus aufzubauen – an ihrer westlichen Grenze konfrontiert mit einer deutlich größeren und feindseligen kapitalistischen Nation, zum Osten hin eine dominierende Sowjetunion im Rücken. Sie entsprach zwar nicht ihrem eigenen Verständnis als sozialistischer Arbeiterstaat, war aber auch keine durchgängig repressive, totalitäre Diktatur.

Viele Aspekte des Lebens in der DDR hatten wahrhaft sozialistischen Charakter, während andere Gegenstand autoritärer Einflussnahme und eines rigiden Paternalismus waren. Es gab garantierte soziale Sicherheit, materielle Unterstützung sowie soziale Stabilität und gleichzeitig zahlreiche engstirnige Einschränkungen individueller Rechte.

Angriffe westlicher Medien auf die DDR heben nicht auf eine wirkliche Analyse ihrer Geschichte ab. Sie nehmen vielmehr die bloße Idee ins Visier, dass eine sozialistische Gesellschaft möglich ist. Die Erfahrung der DDR liefert anschauliches Lehrmaterial für die heutige Zeit.

*Übersetzung: Stefan Huth*

## **Komplizierte Suche**

### **Errungenschaften und Defizite der DDR. Ihre Bedeutung für einen zukünftigen Sozialismus**

Ekkehard Lieberam

Welche neueren Tendenzen der Erinnerungspolitik zur DDR gibt es?

Erstens: Die Regierenden der BRD setzten seit 1949 auf die Diffamierung des ostdeutschen Staates.

Im Rahmen der Politik des »Wandels durch Annäherung« seit den 70er Jahren geschah dies in einer etwas milderen Form, wofür z. B. der Begriff »Erziehungsdiktatur« zur Bezeichnung der DDR steht.

Zweitens: Die Tonlage wurde nach dem Anschluss der DDR extrem verschärft. Die in Bonn Regierenden verhielten sich so, als sei nicht das Ende, sondern der Höhepunkt des Kalten Krieges gekommen. Sie nahmen den Begriff »totalitäre Diktatur« aus den 50er Jahren auf und etikettierten mit ihm erneut die DDR. Das besorgten vor allem die zwei Enquetekommissionen des Bundestages zur »SED-Diktatur«. Neu hinzu kam das Wort »Unrechtsstaat«, das Ende der 90er Jahre durchgesetzt wurde. Im Kalten Krieg hatten es nur wenige Scharfmacher genutzt, um die DDR mit dem nazifaschistischen Staat gleichzusetzen. Aber bereits Paragraph 17 des Einigungsvertrages von 1990 bezeichnete die DDR als »SED-Unrechtsregime«.

Drittens: Das verordnete Denken über die DDR als »totalitäre Diktatur« und als »Unrechtsstaat« ist Methode. Es dient dazu, die sozialistische Alternative auf deutschem Boden zu verteufeln und die Erinnerung an sie auszulöschen. Wer sich auf diese Termini einlässt, will keine gerechte Einschätzung. Wenn er dies subjektiv dennoch will, gelingt dies nicht.

Viertens: Die Einseitigkeit, mit der die ostdeutsche Geschichte seit 1945 behandelt wird, wird heute noch selbstgefälliger als Anfang der 90er Jahre vertreten. Die Verteidigung der DDR ist schwieriger geworden, aber auch dringlicher.

Zu berücksichtigen ist dabei: Weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger im heutigen Ostdeutschland kennen das Leben in der DDR noch aus eigener Anschauung. Die Tendenz, in Umfragen der Diffamierung der DDR zuzustimmen, verstärkt sich.

Es ist üblich geworden, die Errungenschaften der DDR völlig aus der deutschen Geschichte zu streichen. Das gilt z. B. fast durchgängig für Abhandlungen zum deutschen Sozialstaat. Es werden immer wieder dieselben Lügen verbreitet, wonach die DDR pleite gewesen, »verlottert und nicht gewachsen« sei (so z. B. der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder am 17. Juli im Bundestag). Schließlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Partei Die Linke mit dem Amtsantritt von Bodo Ramelow als Ministerpräsident in Thüringen fast geschlossen einen Kurswechsel vollzogen hat: Von der Verteidigung der Rechtmäßigkeit des Sozialismusversuchs hin zur Delegitimierung als »Unrechtsstaat«.

## **Umstände und Zwänge**

In der Debatte um die DDR unter Sozialisten/Kommunisten werden andere Schwerpunkte gesetzt. Eine Verteidigung ist hier dann notwendig, wenn pauschal von »links« die Rede von »Stalinismus« ist, es geht aber vor allem um Lehren. Die übergreifende Frage ist: Welche tragfähigen Erfahrungen und Schlussfolgerungen für die Sozialismustheorie ergeben sich aus den gut 40 DDR-Jahren? Die praktischen Erfahrungen in den Ländern des Realsozialismus veränderten (was unter Sozialisten/Kommunisten heute keineswegs Konsens ist) die Sozialismustheorie, konkretisierten den Weg und die Art und Weise sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Die Sozialismustheorie von Marx und Engels wurde insofern modifiziert. Walter Ulbrichts (1893–1973, führender DDR-Politiker, jW) These aus dem Jahre 1967, Sozialismus sei »eine relativ selbständige sozialökonomische Formation«, fasst dies grundsätzlich in richtiger Weise zusammen.

Im übrigen meine ich, dass von Marx, Engels und Lenin formulierte Prinzipien des Sozialismus, wie reale Aneignung des Eigentums, Selbstregierung des Volkes, Öffentlichkeit der Politik und demokratische Kontrolle von unten, Maßstäbe sind, um Errungenschaften und Defizite des sozialistischen Aufbaus in der DDR zu benennen und zu bewerten. Von großer Bedeutung für die Debatte ist der Hinweis von Karl Marx, dass Menschen ihre Geschichte »nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegeben und überlieferten Umständen« machen.

Aus den Umständen resultieren jeweils Zwänge für das politische Handeln. Wer diese Zwänge außer acht lässt, wird die DDR-Geschichte nicht verstehen können. Zu prüfen ist jeweils, ob und inwieweit es eine Alternative gab. Historische Umstände und Zwänge (oder anders formuliert: die extrem schwierigen Umstände des Sozialismusversuchs DDR) waren insbesondere:

- Die DDR war der westliche Grenzstaat der sozialistischen Länder in der globalen Systemauseinandersetzung des 20. Jahrhunderts. Sie lag an der Nahtstelle zweier hochgerüsteter Militärblöcke. Die DDR war ein ständiges Ziel geheimdienstlich und medial organisierter wirtschaftlicher und politischer Destabilisierung.
- Sie war Produkt der Kräftekonstellation der Alliierten nach 1945 in Europa und der Stellung der Sowjetunion als Besatzungsmacht im Osten Deutschlands. In ihrer Existenz, hinsichtlich der wirtschaftlichen Ressourcen und ihres konkreten politischen Handelns war sie von der Sowjetunion und der KPdSU stark abhängig.
- Sie war der weitaus ärmere Teil Deutschlands. Sie stand im Wettbewerb mit einem der reichsten Länder der westlichen Welt. Die Regierenden der BRD waren nie so freundlich zur DDR, wie sie heute behaupten. Sie sahen in der DDR einen vorübergehend von Aufständischen besetzten Teil ihres Herrschaftsbereichs und setzten auf Störung bis hin zur Sabotage.
- Selbst für die DDR als entwickeltes Industrieland galt, dass der Sozialismus hinsichtlich der notwendigen materiellen Existenzbedingungen zu »früh« kam. Diese mussten in vieler Hinsicht erst geschaffen werden.
- Die Funktionen und die Strukturen ihres Staates, die Sozial- und Bildungspolitik, das Gesundheitswesen, die Sicherheits- und die Rechtspolitik waren von diesen Zwängen mehr oder weniger stark geprägt. Das politische Leben in der DDR, das Wahlverfahren, die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit ist ohne diese Zwänge nicht zu verstehen. Eine nicht unberechtigte Frage ist, ob die Reaktion auf die Zwänge jeweils politisch klug war. Das war oft nicht der Fall.
- Die Aufwendung erheblicher Mittel für Grenzsicherung, innere Sicherheit und Verteidigung, die Unterhaltung entsprechender staatlicher Apparate war kein Defizit. Ohne sie hätte die DDR nicht lange bestanden. Zu den Defiziten gehörte aber, dass entsprechende Staatsapparate sich deutlich über das Notwendige hinaus vergrößerten, flankiert von einem verkürzten Sicherheitsdenken, das die Beweglichkeit sozialistischer Politik einschränkte.

## **Errungenschaften**

»Sag, was war die DDR?«: Ausstellung für Kinder und Jugendliche im Freizeit- und Erholungszentrum

(FEZ) Berlin-Köpenick, dem früheren Pionierpalast, 2009

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Gemessen an wirtschaftlichen Erfolgen und ihrer Sozialpolitik war die DDR einer der erfolgreichsten Sozialismusanläufe im Rahmen des 1917 begonnenen Ausbruchs eines Teils der Menschheit aus dem Kapitalismus. Ihre sozialen und humanistischen Errungenschaften ergaben sich aus den Möglichkeiten einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft, die die Unterwerfung unter das Profitprinzip und die Aneignung fremder Arbeit beendete. Ihre Errungenschaften waren auch das Resultat der im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern außergewöhnlichen Wirtschaftskraft der DDR.

Die DDR ist ein Beispiel dafür, dass Sozialismus möglich ist, und dafür, dass der Sozialismus im 20. Jahrhundert insgesamt trotz immenser Anstrengungen letztlich nicht mit dem Kapitalismus in dessen Metropolen erfolgreich konkurrieren konnte.

In Zahlen: Von 1950 bis 1989 verzehnfachte die DDR ihre Wirtschaftskraft (Volkseinkommen bzw. Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung). Die BRD konnte in dieser Zeit (bei einem allerdings weitaus höheren Ausgangsniveau) ihre Wirtschaftskraft auf gut das Sechsfache steigern. Nach dem Nationaleinkommen pro Kopf der erwachsenen Bevölkerung lag die DDR 1987/1988 gleichauf mit Belgien auf Rang acht bis neun in Europa. Im globalen Vergleich der Industriestaaten nahm sie zusammen mit Japan und Belgien die Plätze 14 bis 16 ein. Ihre Produktivität pro Einwohner machte 71,4 Prozent des Produktivitätsniveaus der BRD aus, bei einem allerdings höheren Einsatz an Arbeitskräften (1987: 71 zu 47). Ihre Produktivität pro Erwerbstätiger lag damit 1987/88 bei 47,3 Prozent der Produktivität der Bundesrepublik.

Das Problem war, dass die DDR diese Wirtschaftskraft unzureichend in Volkswohlstand und in ein Angebot hochwertiger Güter umsetzen konnte. Nicht nur erhebliche Reparationsleistungen, Embargobestimmungen, Aufwendungen für die sowjetischen Streitkräfte (von 1946 bis 1953 etwa 22 Prozent des Bruttosozialprodukts), auch Mängel in der Zusammenarbeit innerhalb des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« der sozialistischen Länder erschwerten dies außerordentlich.

Zu ihren Errungenschaften gehörten Vollbeschäftigung, ein beispielhaftes Arbeitsrecht, entschiedene Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, personelle, soziale und wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte in den volkseigenen Betrieben, eine sehr solidarische, gesellige und hoch politisierte Gesellschaft. Die Einkommensunterschiede in der DDR lagen allenfalls bei eins zu sechs. In der BRD liegen sie bei eins zu 1.000 und mehr.

Weitere Errungenschaften auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln waren: Die Ächtung von Kriegen und eine entsprechende Friedenspolitik, die Brechung des Bildungsprivilegs und ein in vieler Hinsicht vorbildliches, von der Gesellschaft finanziertes Bildungssystem, ein einheitliches kostenloses Gesundheitswesen und ein Sozialsystem, das deutlich besser als das der BRD soziale Grundrechte (Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit, Bildung usw.) gewährleistete.

Zu den gelungenen, weil von den Menschen angenommenen gesellschaftlichen Lösungen gehörten die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Dazu zählen ebenfalls die Erfolge der DDR bei der Rücknahme von staatlichen Aufgaben in die Gesellschaft (so bei der Rechtspflege)

und die Zurückdrängung der Kriminalität. Heute gibt es allein in einem halben Jahr in dem kleinen Bundesland Brandenburg so viele Straftaten wie in der DDR in einem ganzen Jahr. Die Politik zum Schutz der Umwelt war überwiegend kein derartiges Vorbild, was gute Lösungen im Einzelnen (z. B. das Mülltrennsystem »Sero«) nicht ausschloss.

## **Ulbrichts Reformen**

Aus meiner Sicht war das entscheidende Manko der DDR das bürokratisch-administrative System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Es hatte bis zum Ende der DDR Bestand. Dies war der Fall trotz großer Anstrengungen unter Walter Ulbricht, ein System der Wirtschaftsleitung mit vorwiegend ökonomischen Instrumenten durchzusetzen. Defizite und Errungenschaften sowie hochinteressante Erfahrungen in den 60er Jahren liegen eng beieinander. Es gab vor 50 Jahren die Chance, im globalen Konkurrenzkampf mit dem Kapitalismus ökonomisch und politisch mitzuhalten und zu bestehen. Nötig wäre allerdings eine Gemeinschaftsaktion aller sozialistischen Staaten gewesen. Die DDR unter Walter Ulbricht hatte das erkannt.

Mit wenigen Ausnahmen (Albanien, Rumänien, die Mongolei und Nordkorea) haben alle sozialistischen Staaten entsprechende ökonomische Veränderungen begonnen. Neben Jugoslawien und Ungarn war die DDR das sozialistische Land, in dem am beharrlichsten um ein neues ökonomisches System gerungen wurde.

Anfang der 60er Jahre hatte sich auch in der DDR der wirtschaftliche Aufschwung verlangsamt. Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler sieht die Ursache darin, dass damals die »Entwicklungspotentiale des Lenkungsstyps I«, eben die des von der Sowjetunion übernommenen administrativen ökonomischen Systems, erschöpft waren. Walter Ulbricht versuchte von 1963 bis 1970 diesen Lenkungstyp durch einen anderen (von Roesler als »Lenkungstyp II« bezeichneten) zu ersetzen. Das war eingebettet in ein Gesamtkonzept der ökonomischen und politischen Revitalisierung.

Kern des damals konzipierten »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖSPL, ab 1966 ÖSS – Ökonomisches System des Sozialismus) war das in der DDR-Verfassung vom April 1968 verankerte Verständnis der sozialistischen Betriebe und Kombinate. Sie sollten »im Rahmen der zentralen Planung und Leitung eigenverantwortliche Gemeinschaften« werden, »in denen die Bürger arbeiten und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten.« Ziel war, dass der sozialistische Betrieb »im Rahmen und zur Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Gesamtstrategie« eine eigene Wirtschaftseinheit bildet, die weitgehend selber über ihre Geschäftstätigkeit entscheiden sollte. Dass dieser Weg zu einem »Lenkungstyp II« abgebrochen wurde, war vermutlich weltgeschichtlich eine Katastrophe bzw. bereitete die von 1989/1990 vor.

Mit dem Sturz Walter Ulbrichts durch Erich Honecker (im Zusammenwirken mit Leonid Breschnew) war 1971 mit dem NÖSPL/ÖSS Schluss. Immerhin kam es in der Zeit der Ulbrichtschen Reformen und unmittelbar danach (von 1964 bis 1974) zu einem außerordentlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität und der Industrieproduktion von durchschnittlich 4,9 bzw. über 6,4 Prozent, wohingegen es in den achtziger Jahren nur durchschnittliche Steigerungen von 3,2 bzw. 3,5 Prozent gab.

Es war vor allem die in der oberen Etage der politischen Macht verbreitete Opposition gegen ein anderes politisches System, das sich in Richtung Selbstverwaltung der Produzenten und Selbstregierung des Volkes entwickelt, die zum Abbruch dieses ökonomischen Großexperiments führte.

## **Die Demokratiefrage**

Damit wird ein zweites großes Defizit thematisiert: Im Verlauf ihrer Geschichte gelang es der DDR trotz beachtlicher demokratischer Errungenschaften nicht, einen neuen, der bürgerlichen Demokratie überlegenen sozialistischen Demokratietyp zu entwickeln. Unübersehbar ist: Die Frage danach ist ein eigenständiges, sehr verzwicktes Problem sozialistischer Gesellschaftsgestaltung.

Im Abschnitt eins des »Erfurter Programms« der Partei Die Linke vom November 2011 ist zu lesen: »Die Demokratie blieb (in der DDR) auf der Strecke.« Das ist eine andere Einschätzung als meine. Klüger ist man damit nicht. Der Begriff Demokratie bleibt unbestimmt, wird letztlich mit den politischen Mechanismen der bürgerlichen Demokratie gleichgesetzt. Eine andere Aussage in diesem Grundsatzprogramm, nämlich »ohne Demokratie kein Sozialismus«, ist richtig. Aber als Antwort auf die wichtigen Fragen, was Demokratie ist und wie sie in einem zukünftigen Sozialismus konkret zu entwickeln sei, ist sie in ihrer Unbestimmtheit wenig tauglich.

Dazu einige Gedanken: Mit dem staatlich/gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und weiteren sozialökonomischen Umgestaltungen wird Demokratie auf eine neue Grundlage gestellt. Als »individuelle und kollektive Selbstbestimmung der Menschen« über ihre eigenen Angelegenheiten (so der Jurist Uwe-Jens Heuer) schließt sie nunmehr die Möglichkeit der Gesellschaft ein, über ihren wichtigsten Bereich, die Wirtschaft, und über die Verwendung des Mehrprodukts zu entscheiden. Diese Möglichkeit konnte infolge vielgestaltiger Reglementierung und bürokratischer Strukturen nur unzureichend wahrgenommen werden. Sie war wenig erlebbar.

Es gab zwar gute politische Gründe dafür (vor allem Gründe der unmittelbaren Machtsicherung), dass sich nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR ein zentralistisch organisiertes System politischer Macht entwickelte. Es gab aber nur wenige gute Gründe dafür, dass unterblieb, die abgehobene politische Führung demokratisch von unten zu kontrollieren und regelmäßig zu erneuern.

Beachtenswert sind die Bemühungen, dies im Rahmen der Ulbrichtschen Reformen der sechziger Jahre zu verändern. Es entwickelte sich ein neuer demokratischer Entscheidungsmechanismus im Staatsrat und in den Volksvertretungen, an dem alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt waren. Es entstand, beginnend mit der Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1961, ein flexibler Mechanismus der Kommunikation zwischen Staat und Bürgern, zwischen politischer Führung und Volk. Aber das meiste davon war von kurzer Dauer, hatte nur bis zum 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 Bestand.

Die DDR war in einer schwierigen politischen Situation. Der Sozialismus brauchte die Demokratie von unten wie die Luft zum Atmen. Aber es war durchaus keine Fiktion, sondern Tatsache: Unter den gegebenen Umständen konnten Bewegungen von unten vom politischen Gegner als Ansatz zur Institutionalisierung von Systemopposition genutzt werden. Kein politisches Grundrecht, selbst nicht das der Bildung von Arbeiterräten, so war im Juni 1953 in der DDR und im Oktober 1956 in

Ungarn deutlich geworden, ist davor sicher, in sein Gegenteil verkehrt zu werden.

Lenin sagte auf dem Zweiten Sowjetkongress im Oktober 1917: Der sozialistische Staat ist im Unterschied zum bürgerlichen Staat »dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.« Das war offensichtlich nicht einfach zu verwirklichen. Nicht nur die Demokratie, auch die Frage nach der Macht erwies sich als eigenständig. Machtsicherung auch mit diktatorisch-administrativen Mitteln war eine notwendige Aufgabe des sozialistischen Staates. Es war, wie die Entwicklungen 1968 unter Alexander Dubcek in der CSSR und nach 1985 in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow zeigten, politisch geradezu tödlich, ohne ein klares politisches Konzept zur allseitigen Sicherung der Macht- und Eigentumsverhältnisse (und zur Vitalisierung des ökonomischen Systems) eine allgemeine Demokratisierung auszurufen. Walter Ulbricht in der DDR der 60er Jahre und Deng Xiaoping in China der 80er Jahre haben diesen Fehler nicht gemacht.

Aber offenbar war es politisch auch falsch zu glauben, man könne auf Dauer mit autoritären Strukturen und administrativen Mitteln alles im Griff behalten. Die im Sozialismus gegebenen neuen Voraussetzungen für eine Erweiterung der Demokratie müssen über entsprechende Formen real das politische Leben bestimmen, verlangen nach einem neuen Demokratietyp. Die bürokratische Abgehobenheit der politischen Führung, gedacht zur Absicherung der politischen Macht, bedeutete auf Dauer eine gefährliche Verengung der sozialistischen Machtbasis. Wie verheerend das werden konnte, wurde nach den Kommunalwahlen vom Mai 1989 in der DDR deutlich. Viele Gegenstimmen verschwanden im Papierkorb, um eine Stabilität vorzutäuschen, die so nicht gegeben war.

Die bereits erkennbare Glaubwürdigkeitskrise der politischen Führung verschärfte sich und gewann gesamtgesellschaftliche Dimensionen. »Die Fabriken alle sind zuschanden. Das Proletariat ist einverstanden«, schrieb der Dichter Peter Hacks. Die fehlende Bereitschaft der Arbeiterklasse, ihre Betriebe zu verteidigen, war die wohl schärfste Kritik an der unzureichenden Vergesellschaftung des sozialistischen Eigentums und am politischen System.

In einem sich entwickelnden Sozialismus, das ist eine wichtige Schlussfolgerung, sind diktatorische und administrative Methoden der Machtsicherung unumgänglich. Dominieren sie auf Dauer, bedeutet das Zunahme von politischer Instabilität und Verlust an sozialistischer Identität. Die DDR hat auch auf dem Gebiet der Demokratie Beachtenswertes geleistet, aber es gab dabei nicht wenige Defizite, die keineswegs der Abwehr des politischen Gegners geschuldet sind. Die sozialistische Demokratie in der DDR war, wie 1989 zeigte, nicht belastbar. Sie war als politische Form, als Bewegungs- und Entwicklungsform der gesellschaftlichen Widersprüche (wie der Interessenwidersprüche zwischen den Klassen und Schichten, des Widerspruchs zwischen Eigentümer- und Kommunestaat, des Widerspruchs zwischen politischer Führung und Volksmassen) kaum tauglich. Sie war nicht in der Lage, zwischen berechtigter Kritik und antisozialistischen Positionen zu unterscheiden und spontane politische Bewegungen von unten in sich aufzunehmen.

Für einen neuen Sozialismus gibt es keine Blaupause. Seine ökonomische und politische Gestaltung im 21. Jahrhundert bedeutet weiterhin: Eine komplizierte Suche.

# Die Friedenstaube fliegt nicht mehr

## Gedanken zur »Wiedervereinigung« der beiden deutschen Staaten

Uli Brockmeyer

Es gab nicht sehr viele Gründe für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Allein der Begriff »Wiedervereinigung« sollte mit Vorsicht gebraucht werden. Man muss nicht sehr lange rechnen, um herauszubekommen, dass »Deutschland« bis zum Jahr 1945 insgesamt nur 74 Jahre lang bestanden hat. Die Gründung des Deutschen Reiches unter Führung Preußens war das Ergebnis eines Krieges gegen Frankreich in den Jahren 1870 und 1871. In diesen wenigen Jahren hat die herrschende Klasse Deutschlands zwei Weltkriege vom Zaune gebrochen und sich schuldig gemacht am Tod von mehr als 17 Millionen Menschen im Ersten Weltkrieg und mehr als 60 Millionen im Zweiten. Zehn Jahre verbrecherische Kriege in 74 Jahren! Die Verlierer waren die Arbeiter, während die Besitzer des Kapitals sogar aus den verlorenen Kriegen als Gewinner hervorgegangen sind.

Nach 1945 waren sich die meisten Deutschen einig, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Im Osten des Landes, wo man unter der sowjetischen Besatzungsmacht eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten begann, wurden die Bedingungen für die Erreichung dieses Ziels geschaffen. Dort wurde den Schuldigen an den Kriegen ihre Macht genommen, indem man die Besitzer der großen Betriebe, der Banken und der großen landwirtschaftlichen Güter enteignet und ihnen damit die Grundlage genommen hat, weiter über die Mehrheit der Menschen zu herrschen.

## Soziale Sicherheit

Im Westen hatten die Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich kein Interesse an solchen Entwicklungen. Ihnen ging es eher darum, gemeinsam mit den deutschen Kapitalisten eine Ausbreitung sozialistischer Ideen zu verhindern. Also wurden Ergebnisse von Volksentscheiden über die Enteignung von Kriegsverbrechern ignoriert, den alten Eliten wieder in den Sattel geholfen und letztlich ein westdeutscher Separatstaat gegründet. Der CDU-Politiker Konrad Adenauer – nach dem auch in Luxemburg Straßen benannt wurden – formulierte die Begründung ganz simpel: »Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb«. 1949 saßen in der ersten Regierung der BRD unter Adenauer mehr Nazis als in der ersten Hitler-Regierung von 1933. Generale der faschistischen Wehrmacht waren die ersten Generale der deutschen Bundeswehr, Tausende Kriegsverbrecher kehrten in die Chefetagen des Staates, der Wirtschaft und der Politik zurück. Das Erbe und der Geist dieser Leute wirken bis heute.

Die Menschen in der DDR, die 1990 die »Wiedervereinigung« wollten, wurden schlicht betrogen. Sie glaubten, die sozialen Errungenschaften der DDR mit den materiellen Vorzügen des Kapitalismus verbinden zu können. Die westdeutschen Machthaber versprachen »blühende Landschaften« – darauf warten die meisten Ostdeutschen heute noch. Die DDR wird als »Unrechtsstaat« verteufelt – aber eigentlich nimmt man den DDR-Bürgern übel, dass sie sich 40 Jahre lang deren Herrschaft entzogen haben.

Es ist schwer, in der »Vereinigung«, die sich in Wirklichkeit als ein Anschluss der DDR an die BRD

gestaltete, positive Aspekte zu sehen. Sicher hat es auch gute Seiten, dass die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, die niemand als besonders beglückend empfand, nicht mehr existiert. Viele Menschen freuen sich über »Reisefreiheit«, die allerdings bei weitem nicht alle genießen können, weil sie für das Reisen kein Geld haben. Unter dem Strich haben die DDR-Bürger mehr verloren als gewonnen. An erster Stelle die soziale Sicherheit. Das System der DDR war nicht perfekt, aber es gibt auch heute auf der Welt keinen Staat mit einem perfekten System – und die DDR-Bürger hatten die Möglichkeit, an der Perfektionierung ihres gesellschaftlichen Systems mitzuarbeiten.

In der DDR kannte man Arbeitslosigkeit nur aus den Geschichtsbüchern, aus Erzählungen der Alten und aus Zeitungen. Jeder hatte das gleiche Recht auf gesundheitliche Betreuung, die noch dazu kostenlos war. Man kannte keine Angst vor Arztrechnungen, niemand musste vor der nächsten Stromrechnung zittern oder befürchten, die Miete für die Wohnung nicht bezahlen zu können, die im Durchschnitt weniger als zehn Prozent eines Familieneinkommens ausmachte. Es gab nicht so eine Vielfalt an Lebensmitteln und Konsumgütern für den täglichen Bedarf, aber alle waren stets bezahlbar, ebenso wie die öffentlichen Verkehrsmittel. Und es gab in der DDR ein vorbildliches Bildungssystem, in dem das Einkommen der Eltern keine Rolle spielte. Dieses System wurde übrigens in Finnland weitgehend kopiert, und die Finnen stehen heute bei allen internationalen Vergleichen bezüglich Schulbildung an vorderster Stelle.

## **Erhaltung des Friedens**

Eines der ersten Lieder, das in DDR-Kindergärten gelernt wurde, hieß »Kleine weiße Friedenstaube, fliege übers Land«. Die Erhaltung des Friedens war eines der höchsten Ziele. Die Nationale Volksarmee, deren erste Generale übrigens Männer waren, die als Offiziere der Internationalen Brigaden die Spanische Republik gegen Franco, Hitler und Mussolini verteidigt hatten, war die einzige Armee der deutschen Geschichte, die niemals einen Krieg geführt hat! Heute genießen junge Menschen aus Ostdeutschland die Reisefreiheit mit der Bundeswehr in Kriegsgebiete in aller Welt ...

Auch der Text der Nationalhymne der DDR war eine hervorragende Dichtung. Der deutsche Kommunist Johannes R. Becher hat 1949 die wichtigsten Sehnsüchte der Menschen im Osten Deutschlands auf den Punkt gebracht: »Lasst das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint!« Andere Stellen sind ebenfalls bemerkenswert: »Auferstanden aus Ruinen, und der Zukunft zugewandt. Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint. Denn es muss uns doch gelingen, dass die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.« Ein gutes Programm!

Völlig anders dagegen Text und Melodie der Hymne des heutigen Deutschland. Man hat zwar die Strophe mit der Zeile »Deutschland, Deutschland über alles« offiziell getilgt, aber es fällt schwer, nicht daran zu denken, dass genau diese Worte – obwohl sie vom Dichter anders gemeint waren – von den deutschen Faschisten beim Erobern anderer Länder, auch Luxemburgs, gegrölt wurden.

Es wird behauptet, das Ende der DDR sei gleichbedeutend mit einem Scheitern der Idee des Sozialismus auf deutschem Boden. Wer sachlich nachdenkt und die heutigen Probleme der Welt, in der wir leben, ohne Vorurteile analysiert, muss zu dem Ergebnis kommen, dass die kapitalistische Gesellschaft mit all ihren Problemen nicht das Ende der Geschichte sein kann. Die Kommunisten

und viele andere Menschen haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es eines Tages eine andere Gesellschaft geben muss. Nach Lage der Dinge kann das nur eine Gesellschaft ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein, und die nennen wir Marxisten Sozialismus.